

Alternative für Unzufriedene

Magdeburger Politikwissenschaftler erklärt im Interview den AfD-Erfolg in Sachsen-Anhalt

Hendrik Träger glaubt, dass die etablierten Parteien ohne die Alternative für Deutschland keine Notiz von den Sorgen und Nöten der Bürger genommen hätten. Matthias Stoffregen sprach mit dem Wissenschaftler über den Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

dem, im Wahlkampf keine Fehler gemacht zu haben. Hat er recht?
Haseloff hat im Wahlkampf versucht, sich von der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin abzusetzen, um die unzufriedenen Wähler zu erreichen. Aber das funktioniert auf Dauer nicht. In Sachsen-Anhalt ist das zwar insofern noch gelungen, als dass die CDU die stärkste Partei bleibt. Doch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben die CDU-Spitzenkandidaten ihre Wahlziele verfehlt.

Volksstimme: Worin bestehen die wesentlichen Gründe für den Wahlerfolg der AfD?

Hendrik Träger: Das ist ein ganzes Ursachenbündel. Die Wähler in Sachsen-Anhalt haben schon immer eine sehr hohe Wechselbereitschaft zwischen den Parteien gehabt; dieses Mal haben vor allem die Linke und die SPD starke Verluste verbuchen müssen. Eine weitere Ursache für den AfD-Erfolg ist die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Hier konnte sich die AfD als politische Alternative für diejenigen positionieren, die gegen die Politik von Kanzlerin Angela Merkel sind. Und nicht zuletzt konnte die AfD von einer offenbar tiefgreifenden Unzufriedenheit mit der Landesregierung und den etablierten Parteien profitieren.

Neben der CDU entsteht nun im rechten Spektrum eine neue Partei. Regierungschef



Der Politikwissenschaftler Hendrik Träger lehrt an den Universitäten Magdeburg und Leipzig. Foto: dpa

Parteien nun im Tagesgeschäft mit der AfD umgehen?
Sie sollten die Partei nicht ausgrenzen, sondern sie als normale Oppositionspartei behandeln. Sie sollten die inhaltliche Auseinandersetzung suchen und mit ihr über Konzepte diskutieren. Dann wird sich auch zeigen, ob die AfD etwas anzu-bieten hat oder ob sie tatsächlich nur auf Stimmungsmache und Protest aus war.

Man hat in den vergangenen Wochen allerdings auch gemerkt, dass der Umgang der etablierten Parteien mit der AfD häufig sehr kontraproduktiv war. SPD-Chef Sigmar Gabriel etwa hat gefordert, die Partei vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat kurz vor der Wahl noch vor der AfD gewarnt. Das war keine inhaltliche

sondern fast ein politisches Armutszeugnis. Wenn Parteien ihre Mitbewerber schlecht machen und vor ihnen warnen, dann überzeugt das viele Wähler nicht; viel wichtiger es ist, eigene Inhalte entgegenzustellen und die politische Debatte zu suchen.

Zuletzt wurde auch darüber diskutiert, wie rechts oder gar rechtsextrem die AfD ist. Wie schätzen Sie die Partei ein?

Ich will das mal so verbalisieren: Es gibt einen flachen Zaun zwischen dem rechtspopulistischen und dem rechtsextremen Raum. Sowohl AfD-Landeschef André Poggenburg als auch der Thüringer Landeschef Höcke laufen auf der rechtspopulistischen Seite des Zaunes entlang, scheuen aber nicht davor zurück zu gehen.

rufen und um Leute am äußeren rechten Rand zu werben. Also die AfD in Sachsen-Anhalt ist im Vergleich zu anderen Landesverbänden schon sehr stark rechtspopulistisch.

Manche hoffen darauf, dass die AfD-Parteisitze künftig stärker darauf achtet, nicht allzu weit nach rechts abzuweichen. Teilen Sie die Hoffnung?

Die AfD wird nach den Wahlen einmal nicht ihr Auftreten und ihre Strategie ändern. Sollen jedoch Abgeordnete oder einfache Parteimitglieder für Skandale sorgen und die Partei in die Gefahr bringen, sich nachhaltig zu diskreditieren, wird die Parteisitze reagieren. Aber vorerst rechne ich nicht mit Parteiausschlüssen oder Ähnlichem.

Reiner Haseloff will jetzt eine starke Regierung der Mitte bilden - wird die denn so stark?

Wie stark die Koalition wird, erfahren wir erst in den kommenden fünf Jahren. Es ist aber auf jeden Fall so, dass CDU, SPD und Grüne zum Regieren verdonnert sind, weil Neuwahlen für alle zu einem Desaster führen würden. Ich schließe es aber auch nicht aus, dass die demokratischen Parteien tatsächlich nun stärker zusammenarbeiten. Bei einem Bündnis, das im Landtag nur eine Mehrheit von drei Stimmen